Grundlagen und Prinzipien

Die Kulturarbeit der bayerischen Bezirke • Von Werner Kraus

Bayern ist eine historisch gewachsene Kulturlandschaft mit drei großen Kulturregionen: Altbayern, Schwaben und Franken. Deren Repräsentanten sind die sieben bayerischen Bezirke. Nicht Einzelinteressen von Kommunen oder privaten Trägern stehen bei ihnen im Mittelpunkt, sondern die nachhaltige kulturelle Entwicklung der gesamten Region.

Die regionale Kulturarbeit hat ihre Ursprünge im beginnenden 19. Jahrhundert. Die politisch-institutionelle Basis boten die 1828 durch König Ludwig I. gegründeten Regionalparlamente, aus denen die heutigen Bezirke hervorgegangen sind.

Die Bayerische Bezirksordnung, die 1953 erlassen wurde, ist die gesetzliche Grundlage für die regionale Kulturarbeit. Ihr Art. 48 Abs. 1 stellt fest, dass die Bezirke im eigenen Wirkungskreis „in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen sollen, die für das [...] kulturelle Wohl ihrer Einwohner nach den Verhältnissen des Bezirks erforderlich sind." Art. 48 Abs. 2 besagt, dass sie „verpflichtet sind, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die erforderlichen Maßnahmen auf den Gebieten [...] der Denkmalpflege und der Heimatpflege zu treffen oder die nötigen Leistungen für solche Maßnahmen zu erbringen."

Denkmalpflege und Heimatpflege sind für die Bezirke also gesetzliche Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis. Die Kulturarbeit im Übrigen ist nach Art. 48 Abs. 1 eine „Soll-Aufgabe", die die Bezirke jedoch als politische Pflichtaufgabe definieren. Obwohl sie eine sog. freiwillige Leistung darstellt, erfolgt sie nicht im rechtsfreien Raum, sondern findet ihre Begründung in der Bayerischen Verfassung: Art. 10 Abs. 4 fordert die Bezirke auf, „das kulturelle Eigenleben [...] vor Verödung zu schützen". Im Lichte dieser Norm sind die Bezirke zur Kulturarbeit verpflichtet, soweit nicht gewichtige Gründe dagegen sprechen. Das „sollen" in Art. 48 ist damit als „müssen" zu interpretieren, freilich immer unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität engagieren sich die Bezirke aber nur, wenn es sich um überregional bedeutsame Kulturprojekte handelt.

Entwicklungsphasen und Schwerpunkte

- In der *Nachkriegsphase* ging es um die Wiedererrichtung des Verwaltungsapparates, nachdem die Bezirke in der NS-Zeit faktisch abgeschafft waren. Kulturarbeit wurde nun als öffentliche Daseinsvorsorge bewertet.
- Die *Aufbauphase* der bezirklichen Kulturarbeit setzte um 1950 ein und fand ihren Abschluss in den 1980er Jahren. Am Ende der 1970er Jahre hatten alle Bezirke hauptamtliche und wissenschaftlich ausgebildete Bezirksheimatpfleger. Diese Dienstleistung, die von der Geschichte über die Kunst, die Literatur bis zur Musik, Theologie oder Volkskunde reicht, wird nur von ihnen angeboten. Nur sie vernetzen in Bayern fachliche Spezialthemen unter den Gesichtspunkten eines ganzheitlichen Heimatbegriffs und der kulturellen Struktur der gesamten Region.

  Bei der bezirklichen Musikförderung steht die Laienmusik im Mittelpunkt. Die Bezirksheimatpfleger sind Ansprechpartner für die über 1.000 Amateurtheater in Bayern und sie sind Berater, manchmal auch Warner, bei regionalen Bräuchen.

  Der historische und kulturelle Reichtum Bayerns zeigt sich insbesondere in seiner Denkmallandschaft. Die Bezirke fördern neben überregional bedeutsamen Bauten im Einklang mit dem bayerischen Denkmalschutzgesetz auch Gebäude wie Mühlen, Bauernhöfe oder Bürgerhäuser, die oft nur örtlichen Charakter haben, in ihrer Gesamtheit aber das architektonische Bild des Bezirks prägen.

  1955 wurde das erste bezirkliche Freilichtmuseum eröffnet, rund ein Dutzend weiterer folgten. Diese besucherstärksten nichtstaatlichen Museen in Bayern vergegenwärtigen auf hohem wissenschaftlichen und museumspädagogischen Niveau, wie in früheren Zeiten auf dem Land gearbeitet und gelebt wurde. Sie zählen sie zu den wichtigsten touristischen Attraktionen im Bezirksgebiet.

  Einen hohen Stellenwert hat bei den Bezirken die Jugendkulturarbeit, sei es durch die Förderung der Bezirksjugendringe und der überregionalen Jugendbildungsstätten, oder die Durchführung von Jugendkulturtagen. Gesetzliche Grundlage sind die Ausführungsgesetze zum Sozialgesetzbuch VIIII.
- Eine dritte Phase der bezirklichen Kulturarbeit, die *Ausbauphase*, begann in den 1990er Jahren und dauert bis heute. Das Aufgabenspektrum der Kulturarbeit wurde nun zum Beispiel mit Medienfachberatungen oder Popularmusikberatungen für Jazz, Rock und Pop erweitert.

  Trotz aller Erfolge werden die Bezirke immer wieder aufgefordert, im Kulturbereich zu sparen. Jede Reduzierung ihrer Kulturleistungen hatte bislang aber nicht zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beigetragen. Anderseits waren die negativen Folgen für das Kulturleben immer evident. Grundsätzlich gilt: Selbst eine völlige Streichung der bezirklichen Kulturetats würde zu keiner Senkung der Bezirksumlage, also zu keiner finanziellen Entlastung von Städten und Landkreisen führen.

Das Kulturmobil des Bezirks Niederbayern bringt Theater, Kabarett, Jazz und Veranstaltungen für Kinder in die ländlichen Gemeinden der Region. **© Kulturverwaltung des Bezirks Niederbayern**

Prinzipien der regionalen Kulturarbeit

Kultureller Pluralismus
Jede erfolgreiche Kulturarbeit bewegt sich im Spannungsfeld von Tradition und Moderne. Die Kulturarbeit der bayerischen Bezirke stellt sich seit Jahrzehnten erfolgreich diesem kulturellen Pluralismus und endet zudem nicht an den Bezirksgrenzen. In einem zusammenwachsenden Europa hat die grenzüberschreitende Kulturarbeit, gerade mit den Nachbarn im Osten, besonderes Gewicht.

Ausgleichsfunktion
Überregional bedeutsame Einrichtungen, vor allem die der Städte, werden mit Mitteln der Sitzkommune finanziert, sprechen aber ein Publikum an, das aus einem größeren Umkreis kommt. Keine Nachbarkommune ist jedoch bereit, sich an den Kosten zu beteiligen. Erst Zuschüsse der Bezirke garantieren einen regionalen Ausgleich. Nur so beteiligen sich indirekt all die Kommunen an den Einrichtungen, die von ihnen profitieren. Finanzielle Lasten und kultureller Nutzen werden in Balance gebracht. Damit wird auch dem Verfassungsauftrag, in allen Landesteilen gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, Rechnung getragen.

Die Verringerung der bezirklichen Kulturetats läuft dieser Ausgleichsfunktion jedoch eklatant zuwider. Zwar hat das Bayerische Staatsministerium des Innern zugesichert, dass es einen Einsatz von Bezirksmitteln in Höhe von drei Prozent der Gesamtausgaben bei der Haushaltswürdigung nicht beanstanden würde, die Kulturausgaben der Bezirke liegen jedoch erheblich unter dieser Grenze. Deshalb ist eine maßvolle Erhöhung auch gegenüber den Umlagezahlern vertretbar und sinnvoll. Die kulturelle Infrastruktur in Bayern könnte damit optimiert und substanziell gefestigt werden.

Nachhaltigkeit
Die Kulturpolitik der bayerischen Bezirke setzt auf Nachhaltigkeit. Gefördert wird nur, was der Verbesserungen der kulturellen Grundversorgung dient.

Ausbau des Kultur-Netzwerkes
Kulturarbeit ist in Zeiten knapper öffentlicher Kassen nur mit Bündnispartnern möglich. Die bayerischen Bezirke unterhalten als Mittelinstanzen deshalb enge Kontakte zu landesweit tätigen Institutionen und zu den Akteuren vor Ort. Im Ausbau dieses Netzwerkes sehen sie eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Dienstleister für die örtliche Kulturarbeit
Bezirkliche Kulturinstitutionen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Als Kompetenz- und Servicezentrum wenden sie sich an den Fachmann und den Laien. Kostenfrei bieten sie Beratung, Information und weiterführende Hilfen. Gerade auch Laienorchester, Amateurtheater oder all die, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Kultur engagieren, finden bei den Bezirken Ansprechpartner. Dies gilt auch für die vielfältigen Erscheinungsformen der Jugendkultur oder bei der Kulturarbeit im integrativen Bereich mit Menschen mit Behinderungen.

Der Verfasser ist Kulturreferent im Verband bayerischer Bezirke ■

Regionale Kulturpolitik – Kulturpolitik in den Regionen

Die kulturpolitischen Debatten konzentrieren sich oftmals auf die Kulturpolitik in den Metropolen. Die große Städte in Deutschland wetteifern darum, wer die meisten Besucher in den Museen hat, welches Theater an der Spitze liegt, welches Orchester einen besseren Klang hat. Kultur findet aber eben nicht nur in den Metropolen, sondern auch in den Regionen statt.

In den letzten beiden Ausgaben von *politik und kultur* wurde daher bereits Beiträge in der Reihe „Regionale Kulturpolitik" veröffentlicht. Den Anfang dieser Reihe machten Olaf Martin vom Landschaftsverband Südniedersachsen, der den Arbeitskreis der Kulturregionen vorstellte und Roswitha Arnold vom Landschaftsverband Rheinland, die über ein europäische Projekt zur Gartenkunst informierte. In der letzten Ausgabe setzte sich Peter Fassl, Bezirk Schwaben, mit dem Begriff Region bzw. Kulturregion auseinander. Sabine von Bebenburg, KulturRegion Frankfurt RheinMain, stellte die Route der Industriekultur Rhein-Main vor.

In dieser Ausgabe berichtet **Werner Kraus** von der gesetzlichen Verankerung der Bayerischen Bezirke und ihrem Kulturförderauftrag. **Karin Hanika** und **Wiebke Trunk** stellen ein Fotografieprojekt der Kulturregion Stuttgart vor.

Die Redaktion

Fotografierte Heimaten

Das Jahresprojekt der KulturRegion Stuttgart • Von Karin Hanika und Wiebke Trunk

„In meinen Porträts wie auch in den Raumaufnahmen habe ich Details eingefangen, die einen Einblick in die Situation der Flüchtlinge gewähren." „Diese Menschen", so die Fotografin Christina Kratzenberg, „... haben das Heimatland verlassen und sind doch noch nicht vollends im Ankunftsland angekommen." Mit diesen Worten beginnt die Künstlerin die Schilderung ihrer Arbeit „Schöngartenstraße – Asylsuchende in Deutschland – eine Foto-Dokumentation". Kratzenberg präsentiert der Öffentlichkeit bemerkenswert stille und konzentrierte Aufnahmen von Situationen, die so nicht allzu oft gesehen werden können. Sie verdichtet in Einzelbildnissen Erfahrungen, die prototypisch für eine Entwicklung stehen, vor der das Begriffspaar Heimat und Identität grundlegend neu reflektiert werden muss.

Die KulturRegion Stuttgart beschäftigt sich im Sommer 2007 mit diesem Thema. Ein zentraler Gedanke ist, dass mit Blick auf die Globalisierung und ihre weitreichenden Auswirkungen der Begriff Heimat nicht eingeschränkt und selbstbezüglich verstanden werden kann, sondern vielmehr als „Lebensmöglichkeit und nicht als Herkunftsnachweis" begriffen und umgesetzt werden muss (Hermann Bausinger). Davon ausgehend wird dieses Vorhaben nicht zufällig mit der Technik der Fotografie verknüpft. So unbestritten jene ein populäres Mittel der Bildherstellung ist, – seit Verbreitung der digitalen Aufnahmetechnik mehr denn je –, um so weniger ist bewusst, wie stark fotografierte Bilder die Wahrnehmung beeinflussen. Eine heftig geführte Debatte um die Fragen „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?" und: „Wie verhält sich dazu das abgelichtete Bild?" begleitete von Beginn an den Siegeszug der Fotografie (u.a. Susan Sontag). Das Spektrum der „fotografierten Heimaten", welches die KulturRegion Stuttgart in 24 Ausstellungen in ihren Mitgliedsstädten zeigt, umfasst daher Landschaftsdarstellungen ebenso wie Bilder, die Migration, Flucht und Fremde zeigen. Es gehören Reisebilder und Grußpostkarten dazu, aber auch Fotos von Architektur und Darstellungen von Grenzen und Territorien. Daneben sind Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern zu finden, die sich mit Innenräumen und geistiger Heimat beschäftigen. Immer gilt es für das Publikum, unter Zuhilfenahme der Kunst zu hinterfragen, aus welchen visuellen Mustern unsere Vorstellungswelt besteht und was das für unser Selbstverständnis bedeutet.

Der Bogen für solche Reflexionen wird gespannt von jenen Porträts Asylsuchender bei Kratzenberg (ab 1.7. Leonberger Galerieverein) bis hin zu Aufnahmen, die sich mit Einsichten in bundesdeutsche Urlaubsidyllen befassen, etwa von Anne Eickenberg, Eva Bertram oder Peter von Felbert (ab 13.5. Städtische Galerie Böblingen). Es ergänzen sich

Weiter auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

Ausstellungen internationaler zeitgenössischer Fotokunst (beispielsweise die 7. Internationale Foto-Triennale Esslingen und die Präsentation der Städtische Galerie Sindelfingen mit Arbeiten von Bridget Baker, David Goldblatt, Annette Merrild, Jo Ratcliffe u.a.; beide ab 1.7.), und eine regionale Überblicksschau im Rahmen des Stuttgarter Fotosommers (ab 4.8. „Fokus 0711“ Rathaus Stuttgart). Hinzu kommen Einzelausstellungen wie etwa diejenige der Amsterdamer Künstlerin Sylvie Zijlmans (ab 15.9. Städtische Galerie Backnang). Daneben entsteht ein partizipatorisches Projekt vor Ort in Ditzingen, wo Jugendliche zusammen mit der Bremer Künstlerin Andrea Lühmann, große Porträts für den Außenraum der Stadt erarbeiten (ab 29.7.). Das Programm ist unter www.kulturregion-stuttgart.de einsehbar.

Das Kunstvermittlungsprogramm des Projektes geht von einer offenen Publikumspolitik aus und bietet ein Forum für einen Dialog, der die Loslösung von festgefahrenen Denk- und Wahrnehmungsschemata ermöglicht. Hochwertige Kunst wird als Ressource verstanden, um eine kritische Reflexion des Heimatbegriffs und des Mediums Fotografie anzubieten. Dazu sind zwei Publikationen geplant, zum einen ein ausführliches Programmheft, zum anderen ein Buch, das sich auf eine kunst- und kulturtheoretische Reflexion einiger der skizzierten Aspekte konzentriert.

Das aus diesen Elementen konzipierte Projekt der KulturRegion Stuttgart ist als ein Beitrag regionaler Kulturpolitik zu verstehen. Wie kommt es dazu? Es ist ohne Zweifel sinnvoll, wenn Städte und Gemeinden, die so eng beieinander liegen, wie es im Ballungsraum Stuttgart der Fall ist, bei wichtigen öffentlichen Anliegen zusammenarbeiten. Wird dies etwa im Hinblick auf den ÖPNV längst als selbstverständlich angesehen, so treten bei einem interkommunalen Kulturprojekt immer noch Irritationen auf. War nicht die Kultur prädestiniert dafür, den je spezifischen Charakter einer Stadt sichtbar zu machen? Bildeten Theater, Museum, Galerie, Bibliothek nicht das unverwechselbare Profil einer Kommune, mit dem sich die Bewohnerinnen und Bewohner identifizierten? Ja, so ist es, möchte man sagen – und es ist darüber hinaus das Fundament, auf dem ein Projekt wie „... und grüßen Sie mir die Welt/fotografierte Heimaten“ steht. Denn das gemeinsame Unternehmen zielt darauf ab, aus dem Mosaik der Städte das Gesamt-Bild einer lebenswerten Region zu zeichnen.

Christina Kratzenberg „Schöngartenstraße“, 2005

Regionale Kulturarbeit, wie sie in der KulturRegion Stuttgart seit 16 Jahren betrieben wird, bedeutet, dass in die jährlichen Kulturprojekte immer die Voraussetzungen und Interessen der zurzeit 35 Mitgliedsstädte einfließen. Das betrifft sowohl die Auswahl des konkreten Themas als auch die Konzeption der einzelnen Veranstaltungen in den Städten, die zusammen das Programm bilden. Unterstützt wird dieser Prozess von einer zentralen Geschäftsführung und durch eine fachlich ausgewiesene Projektleitung, die von außen hinzugezogen wird. Das Projekt erschöpft sich nicht in einer additiven Auflistung, sondern spannt den Bogen über spezielle Aspekte und ist daher mehr als die Summe seiner Teile. Die inhaltliche Tiefe des Themas Heimat und Identität erschließt sich also erst dann, wenn man mehrere der gebotenen Foto-Ausstellungen besucht. Dennoch bleibt jede Präsentation als in sich geschlossene Einheit wahrnehmbar.

Führt man sich vor Augen, dass die Landeshauptstadt Stuttgart mit 580.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt in der KulturRegion Stuttgart ist und die Gemeinde Beuren mit 3.400 die kleinste, so kann man die Chancen und Probleme, die diese Kooperation bedeutet, schon ahnen. Über den quantitativen Aspekt hinaus weisen alle Mitgliedsstädte selbstverständlich ihre je eigene Geschichte auf, die sich in vorhandenen kulturellen Einrichtungen, Förderkonzepten, Ge-

Weiter auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Fotografierte Heimaten

pflogenheiten usw. niederschlägt. Mentale Unterschiede des kommunalen Selbstverständnisses kommen hinzu. Sie werden deutlich, wenn zum Beispiel auf die Tradition ehemals Freier Reichsstädte, der Residenzstädte, der Städte mit Arbeiterkultur, der katholischen/protestantischen Städte und so weiter Bezug genommen wird. Solche kulturgeschichtlich geformten Mixturen sind das Reservoir für die gemeinsame Arbeit. Ihre Heterogenität ist der Garant dafür, dass die Idee *einer* regionalen Identität graue Theorie bleiben muss. Die kulturelle Praxis weist in eine andere Richtung – zumal wenn man bedenkt, dass mittlerweile unter den 2,6 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner der Region Stuttgart Menschen aus über 170 Nationen leben.

Inzwischen ist hinlänglich bekannt, dass die positive Entwicklung der Moderne in unserer Gesellschaft vor allem von der Fähigkeit geprägt ist, Neues, Fremdes aufzunehmen, zu integrieren und durch die Auseinandersetzung das Selbst wie das Andere weiterzuentwickeln. Die Frage, wie erfolgreich Gesellschaften sind, entscheidet sich unter anderem an diesem Punkt. Ebenso deutlich ist die Tatsache, dass es *die* Globalisierung ohne Bezug auf ein reales Leben vor Ort nicht gibt. Auf der Ebene des Lokalen vollziehen sich die Aneignungs- und Modifikationsprozesse, die in die Zukunft führen.

Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, warum es in einem aktuellen Kultur-Projekt zur Frage von Heimat und Identität nicht um das Phänomen „unsere Heimat“ geht. Identitätsbildung ist kein linearer Prozess. In unserer Gesellschaft müssen Menschen bezogen auf wechselnde Anforderungen permanent neu definieren, wer oder was sie sind. Da dies ein hohes Maß an Flexibilität erfordert, ergeben ausschließende topographische Festlegungen keinen Sinn. Daraus ist jedoch nicht zu folgern, räumliche Orientierungen spielten für die Menschen heute keine Rolle mehr. Eine zeitgemäße Verortung – oder wenn man so will die adäquate Vorstellung einer „heimatlichen Region“ – kann wohl nur bedeuten, dass Menschen sich in der Gegend, in der sie leben, wohl fühlen wollen, dass sie dort gute Chancen erwarten und davon ausgehen, in demokratischer Weise ihr Lebensumfeld gestalten zu können. Selbstbestätigung in Form der Beschäftigung mit kulturellen und künstlerischen Äußerungen muss dabei für alle, unabhängig von ihrer Herkunft möglich sein. Dieser Befund ist einerseits ein Plädoyer für prinzipielle Offenheit, andererseits verweist er auf die Notwendigkeit, sich über die Spielregeln des Zusammenlebens zu verständigen. Innovative Kulturarbeit zielt darauf ab, dabei mitzuwirken, solche Lebensbedingungen zu schaffen. Sie kümmert sich dann um Heimat und Identität in einem zukunftsfähigen Sinn.

Karin Hanika ist Geschäftsführerin der KulturRegion Stuttgart. Wiebke Trunk ist Projektleiterin von „… und grüßen Sie mir die Welt / fotografierte Heimaten“ ■

„Rheinfahrt“ aus der Serie „Deutschlandbilder“, 2006. Foto: Peter von Felbert

Stadtumbau als bauliche und freiräumliche Kulturleistung
Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 13.03.2007. Stadt und Kultur sind untrennbar miteinander verbunden. Die Kultur ist Motor städtischer Entwicklung, umgekehrt sind viele kulturelle Errungenschaften ohne städtische Verdichtung undenkbar. Doch nicht Verdichtung allein prägt Kultur, einen wesentlichen Einfluss auf die Kultur einer Gesellschaft üben auch Architektur und Städtebau aus, die zugleich Zeugen der kulturgeschichtlichen Entwicklung sind.

Das Schicksal der Städte in Deutschland bewegt sich in den letzten Jahrzehnten zwischen Krise und Renaissance. Unter der Überschrift „Wege zur menschlichen Stadt“ forderte der Deutsche Städtetag bereits 1973 „die sozialen und kulturellen Ziele der Stadtpolitik gegenüber einer überwiegenden wirtschaftlichen Motivation“ zu stärken. Auf eine Versöhnung der unterschiedlichen Interessenssphären zielt auch die Charta von Leipzig ab, die im Mai von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministern der Europäischen Union verabschiedet werden soll.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Kulturrat, den Stadtumbau in Deutschland auf einer qualitativ neuen Stufe zu betreiben. Obwohl bereits seit einigen Jahren in der politischen Diskussion, steht ein wirklicher Stadtumbau in Deutschland noch aus. Ein Stadtumbau, der diesen Namen verdient, erfordert eine bauliche und freiräumliche Kulturleistung, die nur im Zusammenwirken der unterschiedlichen Disziplinen und im Dialog mit der Bürgergesellschaft zu leisten ist. Stadtumbau darf kein Synonym für Wohnungsabriss sein. Stadtumbau setzt nicht weniger als ein neues Leitbild für die Städte der Zukunft, integrierte Planungs- und bürgerorientierte Politikansätze voraus.

Der massenhafte Leerstand von Wohnungen vor allem in Ostdeutschland begründet einen Paradigmenwechsel vom Wachsen zum Schrumpfen. Die Zahl schrumpfender Städte steigt, während auf internationaler Ebene und auch in den Agglomerationsräumen Deutschlands wachsende Städte die urbane Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten prägen werden. Gleichzeitig nehmen die regionalen Unterschiede im Wachsen und Schrumpfen von Städten zu.

Bisher hat der Abriss leer stehender Wohnungen zum Zweck der Marktbereinigung und damit zur Verbesserung der finanziellen Situation der Wohnungswirtschaft den Stadtumbau in Deutschland dominiert. Die Konzentration auf die Beseitigung des Leerstands löst die anstehenden Probleme jedoch nicht: Bereits 2002 gab es in Ostdeutschland offiziell 1,3 Millionen leer stehender Wohnungen, Tendenz steigend. Mit dem Förderprogramm Stadtumbau-Ost können bis 2009 350.000, also ein Viertel der leer stehenden Wohnungen abgerissen werden. Selbst wenn kein neuer Leerstand hinzu käme, stünden dann immer noch über eine Million Wohnungen leer – einmal ganz abgesehen von einer immer schwerer aufrecht zu erhaltenden technischen und sozialen Infrastruktur.

Der Stadtumbau der Zukunft muss auf neue urbane Perspektiven für die jeweiligen Städte setzen. Dabei dürfen die einzelnen Städte nicht isoliert, sondern müssen stärker als bisher in ihrem regionalen Gefüge betrachtet werden.

Der Stadtumbau wird unsere Vorstellung von Stadt grundlegend ändern: Inwieweit sind das Modell der europäischen Stadt und die Leitvorstellung „Urbanität durch Dichte“ auch in Zukunft tragfähig und müssen wir uns mit perforierten Städten anfreunden? Welchen Wert geben wir dem baulichen Erbe im Umbauprozess? Droht bereits ein Zuviel an Landschaft, nachdem sich viele Stadtbewohner lange Zeit nach mehr Grün gesehnt haben? Wird es einige Wachstumskerne geben und viele Verliererregionen? Diese Diskussion müssen wir offensiv führen.

In der aktuellen Situation erscheinen darüber hinaus folgende Maßnahmen vordringlich:

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte voranbringen

Der Stadtumbau ist eine Chance für eine strukturelle Weiterentwicklung der Städte in Deutschland, die künftig Lebensraum für „ältere, buntere, wenigere“ und vermutlich auch „ärmere“ Menschen sein werden.

Um diese Chance optimal zu nutzen, sind integrierte Planungsansätze wichtiger denn je. Stadtplaner und Landschaftsarchitekten, Architekten, Innenarchitekten und Ingenieure, Denkmalpfleger, Kommunen und Wohnungswirtschaft müssen bei der Entwicklung integrierter Konzepte der Stadtentwicklung und Freiraumplanung von Anfang an unter Einbeziehung der Stadtbewohner zusammenwirken.

Insbesondere die Kommunen müssen den Stadtumbau im regionalen Kontext aktiv gestalten und steuern. Sie müssen stärker als bisher bei der Umsetzung des Stadtumbauprogramms und beim Einsatz der Fördermittel eigene Strategien für die Qualifizierung von Stadtstrukturen entwerfen. Voraussetzung hierfür sind integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die eine hohe Qualität aufweisen und regelmäßig fortgeschrieben werden und dabei auch historische Entwicklungsvorstellungen einbeziehen, um die Unverwechselbarkeit der Städte zu stärken. Aufgabenstellungen zum Stadtumbau müssen bis zu den Innenräumen öffentlicher Gebäude zielen, um diese Erlebnisräume für das Bild eines Ortes zu nutzen.

Fördermittel gezielt bündeln

Zugleich sind die Förderprogramme nicht einseitig auf städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zu begrenzen, sondern als ressortübergreifende, integrierte Förderprogramme aufzulegen. Die sektorale Integration städtebaulicher, sozialer und wirtschaftlicher Fördermittel in Fördergebieten einer Stadt stellt eine wichtige Voraussetzung für die Regenerierung der Gesamtstadt dar. Förderprogramme sind dabei so zu gestalten, dass sie im Verbund von wirtschaftlicher Entwicklung und städtebaulicher Aufwertung Anreizwirkungen im Sinne einer Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung entfalten.

Wie die Expertengruppe „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bereits 2004 gefordert hat, sind das Stadtumbauprogramm und das erfolgreiche Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“, das demnächst auch in den westlichen Bundesländern aufgelegt werden soll, vernetzt zu betreiben, um die Innenstädte zu stärken.

Einseitige Anreize zum Wohnungsabriss stoppen

Eine konkrete Forderung an die Förderpolitik ist ferner die Beendigung einseitiger Anreize für den Wohnungsabriss in Kopplung mit der Altschuldenentlastung. Zu fordern ist eine Gleichstellung der kommunalen Beteiligung bei Abriss und Aufwertung. Während im Stadtumbau-Ost der Abriss derzeit von Bund und Land mit 100 Prozent der Kosten gefördert wird, sind bei Sanierung und Aufwertung von den förderfähigen Kosten, die durchschnittlich 40 Prozent betragen und an denen sich Bund und Land beteiligen, je nach Programm 20 beziehungsweise 33 Prozent durch die Kommunen aufzubringen. Wenn die Länder auch seit 2007 die Möglichkeit haben, in Kommunen mit besonders schwieriger Haushaltslage den kommunalen Anteil auf bis zu 10 Prozent abzusenken, droht weiterhin die die Tendenz zu einem verstärkten und planlosen Abriss von ungenutzten Altbauten und vor allem von Baudenkmälern.

Generell bleibt es wünschenswert, dass beim Förderprogramm Stadtumbau-Ost 50 Prozent des festgelegten Finanzierungsansatzes für Aufwertung eingesetzt werden.

Die Stärkung der Innenstädte und der Schutz des historischen Bestandes müssen Vorrang erhalten. Fördermittel müssen gezielt zum Schutz der Altbausubstanz und zur Vermeidung von Brachflächen in der Stadt eingesetzt werden.

Visionäre Freiraumkonzepte umsetzen

Durch kurzfristige Abrissentscheidungen sind vielerorts bereits schmerzliche Baulücken entstanden, die städtebauliche Einheiten zerstören und als Grünanlagen kaum wahrgenommen werden.

Die Qualifizierung frei werdender Flächen, die nicht als Ödnis das Bild der Städte prägen dürfen, ist eine der größten Herausforderungen für den Stadtumbau. Visionäre Freiraumtypologien sind gefragt, die nicht nur Stadtgestalt und Freiraumnutzung, Naturhaushalt und Nachhaltigkeit, sondern auch die engen finanziellen Rahmenbedingungen vieler Kommunen beim Unterhalt zusätzlicher Flächen berücksichtigen.

Neu gewonnene Freiflächen sind auch eine Chance für neue gartenkünstlerische Ansätze, die den einzelnen Städte helfen, ihr individuelles gestalterisches Profil zu stärken und ihren Bewohnern zeitgemäße Angebote zur Identifikation zu machen.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Der Stadtumbau wird nur gelingen, wenn alle Akteure vor Ort bereits in die Planung einbezogen werden. Das setzt Dialogbereitschaft und Geduld auf allen Seiten voraus. Profis in Planung und Politik, Wirtschaft und Verwaltung müssen Bürger als gleichberechtigte Partner ernst nehmen.

Die Potenziale der Bürgergesellschaft sind erst in Ansätzen geweckt und bedürfen der Förderung durch aktive Kommunikation und Netzwerkbildung. Dazu gehört auch die Unterstützung von kulturell tätigen Vereinen und Initiativen vor Ort.

Die soziale Entmischung in den innerstädtischen Quartieren muss mit geeigneten Strategien gestoppt werden. Eine handlungsfähige Bürgerschaft gibt es nur mit sozial stabilen Quartieren.